



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2019/2020;  
hier: Forschungsprojekt klimaneutrale Industrie  
(Kap. 07 03 Tit. 686 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushaltsplan 2019/2020 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförderung) werden in der TG 60 – 61 (Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung) im Tit. 686 60 (Zuschüsse zur Förderung der Wirtschaftsforschung) für das Jahr 2020 die Mittel von 18.440,0 Tsd. Euro um 2.000,0 Tsd. Euro auf 20.440,0 Tsd. Euro angehoben.

### **Begründung:**

Deutschland hat sich national für 2030 das Klimaschutzziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. In diesem Zusammenhang muss die Industrie das Sektorziel erreichen und die Emissionen bis 2030 um rund 56 Mio. Tonnen (circa 29 Prozent) gegenüber dem Stand von 2018 senken. Noch im Jahr 2016 war der Industriesektor mit 188 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten der zweitgrößte Treibhausgasemittent in Deutschland. Dabei sind mehr als ein Drittel der Industrieemissionen – und damit fast acht Prozent der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen – direkt auf Produktionsprozesse in der Grundstoffindustrie zurückzuführen (Stahlherstellung, Kalk- und Zementherstellung, Grundstoffchemie, Aluminium). Bis 2050 soll die vollständige Klimaneutralität der deutschen Volkswirtschaft erreicht werden, was auch eine klimaneutrale Produktion der Industrie bedeutet. Das Problem: In den letzten zehn Jahren gab es zwar Effizienzsteigerungen in der Industrie, aber keine Emissionsreduktionen.

Aus diesen Gründen sind Forschungsprojekte dringend notwendig, um Lösungsansätze dafür aufzuzeigen, wie billionenschwere klimaneutrale Investitionen nicht erst in ferner Zukunft, sondern so schnell wie möglich realisiert werden können. Denn um bis 2050 die Klimaneutralität der Industrie zu erreichen, müssten möglichst alle von nun an getätigten Investitionen bereits klimaneutral sein oder zumindest die Möglichkeit der Nachrüstung auf eine CO<sub>2</sub>-freie Produktion vorsehen. Falls im kommenden Investitionszyklus erneut in die konventionellen Technologien investiert werden sollte, drohen laut aktuellen Studien „Stranded Assets“ (die frühzeitige Abschaltung noch funktionsfähiger Anlagen) mit entsprechenden unternehmerischen und volkswirtschaftlichen Verlusten. In diesem Zusammenhang müssen auch alle noch existierenden Forschungslücken hinsichtlich klimaneutraler Technologien dringend geschlossen werden. Ein Beispiel stellt die Forschung innerhalb alternativer Bindemittel dar. Die Eigenschaften alternativer Bindemittel weichen teilweise von denen herkömmlicher Zemente ab. Daher sind ihre An-

wendungsbereiche noch äußerst begrenzt. Ein breiterer Einsatz erfordert weitergehende Forschung, Normierung und Akzeptanz seitens der Bauindustrie, sowie eine Skalierung der Produktion.

Die bayernweite Umstellung auf CO<sub>2</sub>-arme Produktionsverfahren erfordert umfassende neue Rahmenbedingungen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und dafür zu sorgen, dass Unternehmen in die Zukunftstechnologien anstelle von konventionellen Technologien investieren. So bedarf es auch bayernweit deutlich mehr politischen Einsatzes für Forschung und Entwicklung, Demonstrationsprojekte, Reallabore sowie internationale Standortkooperationen. Forschungsk Kooperationen zwischen Unternehmen, bayerischen Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen müssen weiter intensiviert werden. Ein enger Austausch zwischen Wissenschaft und Unternehmen ist notwendig, um neueste Forschungserkenntnisse noch schneller in die alltägliche Arbeit der Industrie und Unternehmen einfließen zu lassen. Dabei ist es essenziell, dass der Transformationsprozess nicht zulasten von Wohlstand und Beschäftigung geht, sondern die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die damit verbundenen Arbeitsplätze gewahrt, gefördert und langfristig abgesichert werden.